

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 4/2009

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Dezember 2009

Gelungener Neuanfang

Die SPD wieder zu neuer Stärke führen, das hat sich der frisch gewählte Parteivorsitzende Sigmar Gabriel vorgenommen. Er ist optimistisch: „Gemeinsam können wir das schaffen. Drei zentrale Aufgaben stehen für uns jetzt an. Die Mitglieder sollen wieder stärker beteiligt werden und damit wurde bereits begonnen.“

Innerhalb von anderthalb Wochen haben Sigmar Gabriel und die neue Generalsekretärin, Andrea Nahles, auf Regionalkonferenzen mit rund 6000 Parteimitgliedern diskutiert. Dabei ging es kritisch zu, aber nicht pessimistisch. Künftig soll es jährlich einen Bundesparteitag geben, um gemeinsam über Inhalte zu debattieren.

Als zweite wichtige Aufgabe sieht Gabriel einen intensiveren Kontakt zu Vereinen, Verbänden und Initiativen, zu den Gewerkschaften und Kirchen. „Übrigens, die vielen klugen und verantwortungsbewussten Unternehmer, mittelständische Familienbetriebe, Handwerker und Selbstständige - die es in Deutschland auch gibt - brauchen wir ebenso. Sie leiden unter der Finanz- und Wirtschaftskrise häufig genauso wie ihre Arbeitnehmerinnen und



SPD-Chef Sigmar Gabriel. Foto: Ossenbrink

Arbeitnehmer. Das sind unsere Partner; das ist nicht der Klassenfeind. Auch das müssen wir verstehen“, betont Gabriel.

Drittens müssen die drei Ziele wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung zusammen gebracht werden. „Die Lösung politischer Probleme steht dabei im Vordergrund, nicht

mögliche Koalitionspartner oder die Suche nach der politischen Mitte. Wer Lösungen anbietet, steht damit automatisch in der Mitte der Gesellschaft“, findet Gabriel.

Er freut sich über die offene, kritische, aber sachliche Atmosphäre beim Parteitag in Dresden. Man habe über Fehler der Vergangenheit diskutiert, doch vor allem über künftige Aufgaben. Das sei ein gelungener Neuanfang gewesen, findet Gabriel. Er ist dankbar für den großen Vertrauensvorsprung bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden und will hart dafür arbeiten, um dieses Vertrauen auch zu verdienen. Die eigentliche anstrengende Arbeit beginnt jetzt. Der neue Vorsitzende der SPD ist überzeugt, wenn alle mit anpacken, werden sie ihre Partei zu neuer Stärke führen.

Jetzt Mitglied werden!

Den Neuanfang in der SPD mitgestalten und aktiv mitmischen. Näheres unter www.spd-braunschweig.de oder im SPD-Unterbezirk unter Tel. 480 98 21.

Dr. Carola Reimann ist neue Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann, bislang gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, ist neue Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages.

Reimann freut sich über die neue Aufgabe: „Der Ausschuss ist das zentrale Gremium der Gesetzgebung und hat somit eine hohe Bedeutung für die parlamentarische Arbeit. Das gilt insbesondere bei einem so gesetzesintensiven Politikfeld wie Gesundheit.“

Besonders im Hinblick auf die von CDU/CSU und FDP angekündigten Gesetzesmaßnahmen bei Gesundheit und Pflege sieht Reimann den Aus-

schuss als wichtiges Gremium: „Ich will einen selbstbewussten Ausschuss, der seine Rechte gegenüber der Regierung wahrnimmt. Als Vorsitzende werde ich die zur Verfügung stehenden Kontrollinstrumente gegenüber der Regierung nutzen. Das sind wir den Versicherten und Beschäftigten im Gesundheitswesen schuldig.“

An den schwarz-gelben Gesundheitsplänen lässt die Expertin kein gutes Haar. Sie kritisiert die geplante Aufgabe der paritätischen Finanzierung und die Privatisierung gesundheitlicher Risiken. Kopfpauschalen, höhere Zuzahlungen und private Zusatz-Zwangsversicherungen



Dr. Carola Reimann ist als Vorsitzende des Gesundheitsausschusses wichtigste Gegenspielerin des Ministers Rössler (FDP).

in der Pflege führten dazu, dass die Lasten künftig einseitig auf die Versicherten abgewälzt werden. „Wer so die Solidarität im

Gesundheitswesen aushöhlt, stößt auf den entschiedenen Widerstand der SPD“, erklärt Carola Reimann kämpferisch.

Braunschweigs Zukunft liegt in der Kultur- und Kreativwirtschaft

Wachstumsbranche könnte Motor der Braunschweiger Wirtschaft werden.

■ Braunschweig steht als Wissenschaftsstandort im Großstadtvergleich gut da. Doch reicht das aus, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein? „Braunschweig muss sein Profil als Stadt der Kultur- und Kreativwirtschaft stärken“, meint Robert Glogowski, Präsidiumsmitglied im Bund Deutscher Grafik-Designer.

„Kaum jemand in unserer Stadt weiß, dass Braunschweig als Standort für Kultur- und Kreativwirtschaft mit Hamburg, München, Stuttgart, Essen und Köln bundesweit an der Spitze steht“, sagt Glogowski. Wenn die Spitzenposition erhalten und ausgebaut werden soll, müsse die Stadt mehr dafür tun, mahnt der Kommunikationsdesigner an. Denn gerade in dieser Branche würden die Arbeitsplätze von morgen entstehen.

Zum Vergleich: In der Kultur- und Kreativwirtschaft gibt es über eine Millionen Beschäftigte, ein Viertel mehr als in der gesamten Automobilindustrie. Braunschweig hat nicht nur die renommierte Hochschule für Bildende Künste, in der Stadt gibt es auch erfolgreiche Designer, Musiker, Architekturbüros und Softwareunternehmen.

Die Branche hat auch wichtige Funktionen

für die anderen Wirtschaftszweige: So geben viele Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft den Technologieherstellern wichtige Impulse für neue Produkte.

Damit in Braunschweig weitere Arbeitsplätze in diesem Bereich entstehen können, bedarf es großer Anstrengungen. „Die Bundesregierung legt mittlerweile entsprechende Förderprogramme auf. Es liegt bei der Stadt, Gelder für neue Projekte in Braunschweig auch abzurufen“, erklärt Glogowski. So könnten Unternehmen und Freiberufler in dieser Branche von einer individuellen Förderung stark profitieren. Derzeit seien Finanzierungsengpässe ein großes Problem, da es kaum Banken gebe, die eine projektorientierte



Ratscherr
Mathias Möreke

Finanzierung ermöglichen.

Nachholbedarf sieht Glogowski aber auch an anderen Stellen: „Braunschweig braucht schnellere Kommunikationsnetze und mehr zentrale Räumlichkeiten. Die Kreativwirtschaft braucht Räume um produzieren zu können, aber auch um ihre Werke zu verkaufen.“ Gründerzentren, wie es sie in unserer Region bereits gibt, helfen nach Ansicht Glogowskis nur bedingt, denn einfache Büroräume auf der grünen Wiese nutzen den Akteuren nichts.

Handlungsbedarf wurde auch im Rat der Stadt erkannt. Auf Initiative der SPD-Ratsfraktion beschäftigte sich der Wirtschaftsausschuss der Stadt mit dem Thema Kreativwirtschaft, ein entsprechendes Gutachten wurde in Auftrag gegeben. „Aufgabe der Stadt ist es, Potentiale zu erkennen und zu fördern, um den Wirtschaftsstandort Braunschweig wettbewerbsfähig zu machen“, fordert Mathias Möreke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. Er hatte im März 2009 in seinem veröffentlichten Impulspapier „Für Arbeit und Beschäftigung in Braunschweig und der Region“ auf die Bedeutung der Kreativwirtschaft hingewiesen.

Schulpolitischer Durchbruch:

Ganztagsbetrieb für GS Rühme und Gartenstadt, Oberstufe für IGS Querum

■ Erleichterung und Freude bei Eltern, Schülern und Schulen: Der Rat der Stadt stimmte in seiner Novembersitzung sowohl der Umwandlung der Grundschulen Rühme und Gartenstadt in Offene Ganztagschulen als auch der eigenen Oberstufe für die Integrierte Gesamtschule Querum zu. Daher können diese Einrichtungen zum Schuljahresbeginn 2010/2011 in Betrieb gehen, wenn das Niedersächsische Kultusministerium zustimmt.

Dieses Ergebnis war bis zum Schluss ungewiss. Denn Schuldezernent Laczny (CDU) hatte vorgeschlagen, die Einführung des Ganztagsbetriebs an beiden Grundschulen zu verschieben. Begründet wurde das mit den Kosten – ein Argument, das von vornherein nicht überzeugungskräftig war. An beiden Schulen sind nur geringe Umbauten für den Ganztagsbetrieb erforderlich. Dabei besteht auch aus sozialpolitischen Gründen großer Handlungsbedarf, was sogar die Verwaltung einräumte. Darum war es kein Wunder, dass der Schulausschuss des Rates mit großer

Mehrheit die Vorschlag Lacznys ablehnte und für den Antrag der SPD stimmte, den Ganztagsbetrieb einzuführen. Das gleiche war der Fall bei der Oberstufe für die IGS Querum. Auch hier hatte die Verwaltung den Bedarf anerkannt, sich dann aber aus finanziellen Gründen für eine Verschiebung ausgesprochen. CDU und FDP konnten sich noch nicht zur Zustimmung entschließen.

Diese Haltung der Ratsmehrheit stieß allgemein auf Unverständnis, und so erhöhte sich der politische Druck auf die Ratsmehrheit. Daher lenkte zunächst die Verwaltung im Fall Querum ein und schlug einen Kompromiss vor, mit der Oberstufe zunächst in freien Räumen der Nibelungen-Realschule zu beginnen und nötige Erweiterungen in den nächsten Jahren durchzuführen. Die nächste Überraschung kam dann von CDU und FDP: Sie übernahmen nicht nur die Forderung der SPD nach Einführung des Ganztagsbetriebes in Rühme und der Gartenstadt, sondern stellten die Zustimmung zu weiteren Ganz-

tagsschulen in Aussicht, falls Anträge der Schulen vorlägen.

Für die SPD erklärte ihr Fraktionsvorsitzender Manfred Pesditschek, er sei froh und stolz über diese Entwicklung. Froh, weil mit diesem Beschluss den Wünschen von Schulen, Eltern und Schülern nach wichtigen schulpolitischen Verbesserungen entsprochen werde, und stolz, weil er dieses Ergebnis auch auf die konsequente Arbeit der SPD zurückführte. Er erinnerte daran, dass seine Partei bereits im Kommunalwahlkampf für Ganztagsgrundschulen eingetreten sei. Damals hätte vor allem die CDU diese Forderung noch strikt abgelehnt. Erst in den Folgejahren stimmte sie, wenn auch zögerlich, der Einführung des Ganztagsbetriebs an mehreren Grundschulen zu – immer gedrängt durch Anträge der SPD. Jetzt endlich habe sie auch die Argumente übernommen. Nun müsse der weitere Ausbau des Ganztagsbetriebes vorangehen.

Einsparungen zu Lasten der Kinder

■ Diesen Sommer gab es nach langen Verhandlungen einen Tarifabschluss für Sozialpädagogen und Erzieher. Dabei gelang es der Gewerkschaft Gehaltserhöhungen durchzusetzen – zwar nicht üppig, aber immerhin eine gerechtere Würdigung der verantwortungsvollen und schwierigen Arbeit in Kindertagesstätten und Jugendzentren. Der Pferdefuß: Dieser Abschluss führt zu deutlichen Mehrkosten für die Kommunen.

In Braunschweig sind das 700 000 Euro jährlich. Bei Personalkosten von insgesamt über 150 Millionen Euro wirft das den städtischen Haushalt wohl kaum um. Diese Mehrkosten müssen in Kauf genommen werden, wenn auf Dauer qualifiziertes Personal für diesen wichtigen Bereich gehalten und neu gewonnen werden soll.

Offensichtlich sieht Oberbürgermeister Dr. Hoffmann das anders. Bereits unmittel-

bar nach dem Abschluss kritisierte er, damit sei der weitere Ausbau der Kinderbetreuung gefährdet. Im Finanzausschuss des Rates platzte dann die Bombe: Nach Anweisung des Oberbürgermeisters sollen die Mehrausgaben durch Personaleinsparungen an anderer Stelle eingespart werden. „Hier soll eine Gruppe der Beschäftigten gegen die anderen ausgespielt werden – ein hervorragender Einfall zur „Verbesserung“ des Betriebsklimas“, kommentiert der Frak-



Ratscherr Frank Flake

tionsvorsitzende Manfred Pesditschek (SPD) diesen Vorstoß.

Schlimme Auswirkungen wird dieses Vorgehen auch für junge Familien haben. Da die Hälfte der Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich durchgesetzt werden soll, wird der dringend benötigte Ausbau der Kinderkrippen weiter verzögert. Schon jetzt bleibt die angestrebte Zahl von Plätzen deutlich hinter dem absehbaren Bedarf zurück. „Das ist eine erneute Hiobsbotschaft für Eltern und Kinder und entwertet den Slogan von der familienfreundlichen Stadt Braunschweig als hohles Gerede“, so der jugendpolitische Sprecher der SPD, Frank Flake. „Eine kinderfreundliche Stadt braucht die flächendeckende Versorgung mit Krippen- und Kitaplätzen und anschließend Ganztagsgrundschulen für alle Kinder, deren Eltern das wollen“, erklärte der Politiker.

Das Land in die Pflicht nehmen!

■ Manfred Pesditschek, Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Stadt, will, dass das Land Niedersachsen endlich mehr zur Finanzierung der Ganztags-Grundschulen beiträgt: „Ich möchte daran erinnern, dass die Finanzierung des pädagogischen Personals, die den Löwenanteil der laufenden Kosten des Ganztagsbetriebes ausmacht, eigentlich eine Landesaufgabe ist. Nur die Tatsache, dass das Land dafür viel zu geringe Mittel bereitstellt, hat die Folge, dass die Stadt mit erheblichen eigenen Mitteln einspringen muss. Das darf kein Dauerzustand werden. Aufgabe der nächsten Jahre muss es sein, das Land hier in die Pflicht zu nehmen, damit ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Netz von Ganztagschulen möglich wird.“

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

- Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 480 98 21. Die Termine sind :
- ▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**
– Donnerstag, 14. Jan., von 9 – 15 Uhr
- ▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**
– Donnerstag, 10. Dez., ab 14.30 Uhr

Die Abgeordneten im Internet:
www.carola-reimann.de
www.klaus-peter-bachmann.de

Verwaltung blamiert sich beim Thema Klimaschutz

■ Mit Hohn und Spott hat die SPD-Ratsfraktion auf die Ablehnung ihres Antrages reagiert, Braunschweig solle am Wettbewerb „Klima kommunal 2010“ teilnehmen. Dieser wird von den kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens in Kooperation mit der Landesregierung durchgeführt. Er hat das Ziel den Gedanken an den Klimaschutz verstärkt in der Handlungspraxis der Städte, Gemeinden und Landkreise zu verankern. Gefragt sind Wettbewerbsbeiträge mit besonders innovativen, wirksamen und zukunftsgerichteten Klimaschutzmaßnahmen in den Themenfeldern Energieeffizienz im Wärme- und Strombereich, Erneuerbare Energien, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Siedlungsentwicklung und Mobilität. Die Auftaktveranstaltung zum Wettbewerb wurde mit großem Werbeaufwand unter anderem von Sozialministerin Ross-Luttmann (CDU) und Umweltminister Sander (FDP) eröffnet.

Noch vor wenigen Monaten hatte Oberbürgermeister Dr. Hoffmann – im Zusammenhang mit dem geplanten Fernwärmeausbau – den Klimaschutz als wichtige kommunale Aufgabe bezeichnet. Es vergeht kaum ein Tag, an dem hochrangige Vertreter von CDU und FDP nicht die Wichtigkeit des Klimaschutzes betonen. Daher rechnete die SPD-Fraktion mit einmütiger Zustimmung zu ihrem Antrag.

Doch es kam anders. Stadtbaurat Zwafelink teilte mit, dass er es ablehnt, die Kita Leibnizplatz als Leuchtturmprojekt in diesen Wettbewerb einzuführen. Dies lässt vermuten, dass er

den aktuellen Antrag der SPD-Ratsfraktion gar nicht gelesen hatte. Denn das hatte die SPD gar nicht gefordert - sie hatte gar kein konkretes Pro-



Ratsfrau Nicole Palm

jekt vorgeschlagen! Zudem erklärte Stadtbaurat Zwafelink, dass vor Abschluss des in Bearbeitung befindlichen Klimaschutzprogramms keine Wettbewerbsbeiträge benannt werden könnten. Das hält die umweltpolitische Sprecherin der SPD, Nicole

Palm, für absurd: „Die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes als Begründung dafür zu nehmen, sich nicht beteiligen zu können, ist schon heftig. Offensichtlich dient die Erarbeitung des Programms als Vorwand, bis zu dessen Fertigstellung untätig zu bleiben. Das ist ein merkwürdiges Verständnis von Klimaschutz.“

So war es keine Überraschung mehr, dass die Ratsmehrheit den Antrag ablehnte. „Damit hat Braunschweig eine Chance verpasst, sich überregional im Klimaschutz zu profilieren. Dass CDU und FDP damit auch ihre Parteifreunde Ross-Luttmann und Sander abwerten, scheint diesen Parteien gleichgültig zu sein“, stellte Nicole Palm fest.

Der Irrtum Asse darf seine Fortsetzung nicht in Gorleben finden

Von Detlef Tanke, SPD-Obmann im Asse-Untersuchungsausschuss

■ Die Akteneinsicht und die Aussagen der Zeugen bestätigen, dass bereits im Oktober 1964 – noch vor dem Ankauf der Asse im März 1965 – die zuständige Fachbehörde festgestellt hatte, dass der Schacht Asse II einsturzgefährdet ist. Die Fachleute wussten nur nicht, wann genau dies geschehen wird. Weiterhin war bereits seit 1967 aktenkundig, „dass kein Raum der Asse auf Dauer trockenbleiben würde“.

Auch erfolgte die Verfüllung der einsturzgefährdeten Südflanke erst ab 1995, obwohl die Gefahr spätestens seit 1964 bekannt war. Klar wurde auch, dass der damalige über lange Jahre verantwortliche Ministerialbeamte Straimer entgegen seiner Fach- und Sachkenntnis für die

Inbetriebnahme von Asse II votierte, weil nur so die Nutzung der Atomenergie wirtschaftlich wurde.

Der steigende Druck aus der Atomindustrie führte dann 1971 zur Schaffung des Endlagers. Die ungeklärte Atommüllfrage war bis dahin ein Hindernis für den kommerziellen Durchbruch der Atomenergie. Meiner Meinung nach war die Asse die Billiglösung für die Atomindustrie schlechthin, allerdings zu Lasten der Allgemeinheit.

Für mich steht fest: Ein kleiner Kreis von interessenorientierten Insidern hat das Geschehen der Atompolitik in Deutschland über Jahrzehnte bestimmt. Wissenschaftliche Erkenntnisse wurden dabei solange gedreht, bis es passte. Es wird überdeutlich, dass alle Bedenken und Kritik sys-

tematisch beiseite-geschoben worden sind – es wurde vertuscht und verschleiert: Die Menschen wurden bewusst in die Irre geführt.

Selbst der Wirtschaftsausschuss des Niedersächsischen Landtags wurde 1967 wider besseren fachlichen Wissens durch den damaligen Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung Richter-Bernburg belogen. Es zeigt sich für mich immer deutlicher: Die jahrzehntelange Festlegung auf Salzgestein war ein großer Fehler. Der Irrtum Asse darf seine Fortsetzung nicht in Gorleben finden.

Die SPD-Fraktion fordert eine ergebnisoffene Suche nach einer Endlagerlösung in allen Bundesländern und allen geologischen Formationen, wie Granit oder Tongestein.

Streit um Kommunalwahlrecht für Ausländer

■ Obwohl die Menschen mit Migrationshintergrund 18,5% der Bevölkerung in Deutschland ausmachen, sind sie in den deutschen Parlamenten unterrepräsentiert. Auch in den Landes- und Kommunalparlamenten ist der Anteil vergleichbar gering.

Um die politische Partizipation von Migranten zu stärken, könnte eine Änderung des Kommunalwahlrechts hilfreich sein. In Deutschland lebende Migranten, die die deutsche Staatsbürgerschaft noch nicht besitzen, könnten genauso wie EU-Bürger das Wahlrecht bei Kommunalwahlen erhalten. Ausgerechnet die Migrationsbeauftragte der CDU-Landesregierung lehnt diesen Vorschlag ab. „Wenn überhaupt, dann sollten Migranten das volle Wahlrecht erhalten. Das ist aber auf Grund rechtlicher Bedenken nicht umzusetzen“, erklärte Deihimi.

Klaus-Peter Bachmann kritisierte diese Äu-

ßerungen: „Ich bedauere, dass sie sich genauso wie die CDU/FDP-Landesregierung hinter

verfassungsrechtlichen Bedenken versteckt. Eine Änderung des Kommunalwahlrechts könnte von der Landesregierung durchaus auf Bundesebene unterstützt werden. Mit der Einführung des Wahlrechts für Migranten auf der Kommunalebene

könnte ein Zeichen gesetzt werden, dass die politische Partizipation dieser Bevölkerungsgruppe erwünscht ist. Andere Länder wie Schweden

gehen da mit positivem Beispiel voran.“

Im Rat der Stadt Braunschweig scheiterte unterdessen der Beschluss einer Resolution zur Änderung des Kommunalwahlrechts an den Stimmen von CDU und FDP. Die Anregung, eine Resolution zu verabschieden, kam aus den Reihen der Bürgermitglieder des Integrationsausschusses. Dort fand der Vorstoß zunächst eine parteiübergreifende Mehrheit, weil der Ausschussvorsitzende Hartmann (CDU) mitstimmte. Obwohl sich die FDP auf Bundesebene ebenfalls für die Reform ausspricht, stimmte sie jedoch im Stadtrat mit der CDU gegen die Resolution. Die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Kate Grigat, kritisierte das Stimmverhalten der FDP: „Als Partner für parteiübergreifende Initiativen hat sich diese Fraktion wieder einmal disqualifiziert. Sie scheint nur der Wurmfortsatz der CDU in Braunschweig zu sein.“



Ratsfrau Kate Grigat



Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk
Braunschweig, Schloßstraße 8,
38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VidSP),
Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich,
Auflage: 43 500 Exemplare

Bankverbindung/

Spendenkonto des
SPD-Unterbezirks:
SEB,
Konto 100 600 1200,
BLZ 270 101 11

